

Europa Das Wachstum ist zurück – aber auch die Inflation



Einst war er bei der EZB für Europa zuständig, jetzt hat vor allem Italien im Blick: der römische Premierminister Mario Draghi.

FOTO: SAMANTHA ZUCOR/INSPERFOTO

Italien im Strompreis-Schock

Gerade erst hatte das hochverschuldete Land ein phänomenales Wirtschafts-Comeback geschafft. Doch nun drohen die Kosten für Energie den Aufschwung abzuwürgen

VON ULRIKE SAUER

Rom – Edouardo Accorsi, 27, macht Druck. Der Bürgermeister von Cento weiß nicht, wovon er die gestiegenen Stromrechnungen der 28.000-Einwohner-Gemeinde bezahlen soll. Er entschloss sich daher, die Beleuchtung der Rocca di Cento, einer Stadtfestung aus dem Jahr 1378, am Donnerstagabend ausschalten. Die Ankündigung des jungen Provinzpolitiklers wirkte ansteckend. In Bologna lässt man auf der Piazza Maggiore die Bronzestatue Neptuns, den die Bologneser nun „den Riesen“ nennen, im Dunkeln stehen. In Rom erstarrt Michelangelos Kapitol nicht im gewohnten Glanz. Am Ende zogen die Bürgermeister im ganzen Land mit und machen das Licht aus. Der italienische Städtebund schätzt, dass die gestiegenen Energiepreise ein Loch von 550 Millionen Euro in die pandemiegebeutelten Gemeindehaushalte reißen. „Ohne einen Hilfsfonds werden viele kleine Gemeinden pleitegehen“, warnt Bolognas Bürgermeister Matteo Lepore die Regierung in Rom.

Die Dunkelheit passt zum Jahresbeginn: Italien leuchtet nicht mehr wie 2021 – was vor allem an der teuren Energie. Nach der Begeisterung über das Comeback des abgeschriebenen Euro-Landes hat sich ein Schleier der Tristesse über Italien gelegt. Der Überschwung ist drückenden Sorgen gewichen. Ein seltener Lichtblick in diesen Tagen: Nach zwei Jahren, in denen die Italiener mit außerordentlich strikten Einschränkungen gegen die Seuche gekämpft haben, darf man ab Freitag wieder ohne Maske auf die Straße. Halblebendig.

Wenige Stunden vor dem Lichtstreich der Kommunen landete ein Brandbrief aus der Industrie auf dem Schreibtisch von Mario Draghi. In ihrem Schreiben richteten der Verbandchef der italienischen Keramikindustrie, Giovanni Savorani, und die Spitzen der großen Gewerkschaftsbünde einen verzweifelten Hilferuf an den Regie-

rungschef. Die Weltmarktführer der Fliesen- und Sanitärbranche stecken in der Klemme. Schuld daran sind auch bei ihnen die exorbitant gestiegenen Energiepreise. Trotz ungebremseter Auftragsflut drossen viele Hersteller die Produktion, weil das Brennen ihres innovativen Feinsteinzeugs nicht mehr kostendeckend ist. Je mehr sie verkaufen, desto höher ihre Verluste.

Gemeinsam rufen Unternehmer und Beschäftigte die Regierung nun zum Eingreifen auf. „Der dramatische Anstieg der Stromrechnungen gefährdet eine für die italienische Volkswirtschaft wichtige Branche“, schreiben sie Draghi. Entgegen früherer Annahmen sei der Preisschock kein vorübergehendes Phänomen, sondern werde voraussichtlich bis 2023 anhalten. „Die Gefahr besteht, dass wir bis dahin nicht überleben“, sagt Giorgio Romani, Chef des Keramikkonzerns Gruppo Romani.

Die Stromkosten sind innerhalb eines Jahres um 450 Prozent gestiegen

Es ist bitter: Die schlimmste Energiekrisis seit den Siebzigerjahren droht Italiens sagenhaften Aufschwung abzuwürgen. Der Strompreis ist nach Angaben des Industrieverbandes Confindustria innerhalb eines Jahres um 450 Prozent gestiegen. Man schätzt, dass die Energiekosten der Industrieunternehmen 2022 auf 37 Milliarden Euro steigen – von 8 Milliarden Euro im Jahr 2019. Ohnehin sind die Stromkosten ein strukturelles Handicap für Italiens starke Exportwirtschaft.

In der Gemeinde Sassuolo zum Beispiel, wo das Herz der italienischen Keramikproduktion schlägt, zahlen die Fliesenhersteller 30 Prozent mehr für Strom als ihre europäischen Wettbewerber. Nun trifft der Gaspreisschock die Wirtschaft Italiens mit besonderer Wucht. Denn Strom wird auf der Mittelmeerhälfte zur Hälfte aus Erdgas

gewonnen – gegenüber 17 Prozent in Deutschland und sieben Prozent in Frankreich. „Die Preisspannungen entlang aller Produktionsketten wirken sich negativ auf die Wettbewerbsfähigkeit der italienischen Industrie auf den Weltmärkten aus“, warnt das Forschungsinstitut Prometeia. Eine Inflationsspirale könnte ganze Wirtschaftszweige in den Ruin treiben.

So bahnt sich ein Horror Szenario an: Die Unternehmen schalten ihre Produktion ab – und damit auch die rasante italienische Aufholjagd. „Ohne Energie können wir den Aufschwung vergessen, er wird stecken bleiben“, sagt Alessandro Banzato, Chef des Stahlverbandes. Genau das passiert bereits. Die Industrieproduktion ist im Januar um 1,3 Prozent zurückgegangen. Dennoch versuchen Draghi und sein Finanzminister Daniele Franco die Erwartungen der Bittsteller zu dämpfen.

Die Regierung hat in den vergangenen Monaten bereits elf Milliarden Euro bereitgestellt, um Haushalten mit niedrigem Einkommen und besonders bedrohten Kleinunternehmen unter die Arme zu greifen. In Genau kündigte der Premier nun am Mittwoch an, dass die Regierung bald weitere Hilfen für die Zeit nach März verabschieden werde. Doch dem Druck einiger Koalitionsparteien, den Preisschock über neue Staatsschulden auszugleichen, will er nicht nachgeben.

Und doch ist die römische Regierung alarmiert. Nach drei Jahrzehnten Stagnation stützt sich Draghis Versuch, Europas wichtigstes Schwellenland aus der chronischen Krise zu boxen, auf eine nachhaltige Steigerung der italienischen Wettbewerbsfähigkeit. Gleichzeitig entscheidet sich am Erfolg des früheren EZB-Chefs aber auch, ob sich das große Wagnis auszahlt, das die EU-Kommission mit ihrem Wiederaufbauprogramm *Next Generation EU* eingegangen ist: Bis 2026 sollen aus Brüssel 191 Milliarden Euro zur Modernisierung Italiens fließen. Es steht für alle viel auf dem Spiel.

2021 war das Jahr des Italien-Hype. Es war das Jahr des Rekordwachstums von 6,2 Prozent, der beeindruckenden Reformfortschritte und der vorbildlichen Impfkampagne. Das notorische Misstrauen schlug in Bewunderung um. In einer Umfrage der amerikanischen Kommunikationsagentur Edelman in 28 Ländern gaben im vergangenen November über die Hälfte der Befragten an, Italien sei glaubwürdig. Deutschland rutschte dagegen auf 46 Prozent ab. „Das ist die Folge der Stabilität, die ein außergewöhnlicher Premier dem Land verschafft hat“, kommentiert Edelman-Chef Matthew Harrington das ungewöhnliche Ergebnis.

Doch der Draghi-Effekt lässt spürbar nach. Das liegt nicht allein am Aufblähen der Inflation. Unter Druck setzen Italiens auch die zu erwartenden Zinshöhungen in der Eurozone. Nachdem sich Christine Lagarde vor einer Woche an einen Kurswechsel in der Geldpolitik herangetastet hat und eine Zinswende der EZB in diesem Jahr nicht mehr ausgeschlossen erscheint, zog die Rendite auf italienischen Staatsanleihen sprunghaft an.

Es beginnt nun also Draghis zweite Halbzeit. Der Römer ist am kommenden Sonntag ein Jahr im Amt. Spätestens Anfang März 2023 finden Neuwahlen statt. Seine wichtigste Aufgabe ist die Erfüllung der von der EU vorgegebenen Reformziele, mit denen Italiens Wachstumshemmnisse ausgehebelt werden sollen. Um 2022 die zweite und die dritte Tranche der Kredite und Zuschüsse zu kassieren, muss Italien weitere 100 Maßnahmen umsetzen.

Draghi bewegt sich in diesem Wettlauf innenpolitisch in einem Trümmertfeld. Nach dem Parteiendeckel bei der Wahl des Staatspräsidenten muss der Premier seine prekäre Koalition nun durch ein Wahljahr führen. „Draghi muss jetzt eine noch härtere Gangart anschlagen, als er es 2021 getan hat“, schreibt die römische Zeitung *La Repubblica*.



Lo shock del caro-energia in Italia

Il Paese, pesantemente indebitato, era appena riuscito ad avviare una straordinaria ripresa economica, che ora rischia di essere frenata dai rincari dell'energia.

ULRIKE SAUER, Roma

Edoardo Accorsi, 27 anni, sta facendo pressione. Il sindaco di Cento non sa come la piccola comunità di 36.000 abitanti riuscirà a pagare l'aumento delle bollette elettriche. Il giovedì sera ha quindi deciso di spegnere l'illuminazione della Rocca di Cento, una fortezza cittadina risalente al 1378. L'annuncio del giovane politico ha scatenato una reazione a catena. In Piazza Maggiore a Bologna, per esempio, la statua di bronzo di Nettuno, chiamata dai bolognesi semplicemente "il gigante", è rimasta completamente al buio. A Roma il Campidoglio di Michelangelo non risplende come al solito. Alla fine i sindaci di tutto il Paese hanno copiato l'idea e hanno spento le luci. L'Associazione Nazionale dei Comuni Italiani stima che l'aumento dei prezzi dell'energia porterà a perdite per il valore di 550 milioni di euro nei bilanci comunali, già colpiti duramente dalla pandemia. "Senza un fondo di aiuto, molti piccoli comuni finiranno sul lastrico", avverte il sindaco di Bologna Matteo Lepore, rivolgendosi al governo di Roma.

L'oscurità si addice perfettamente all'inizio di quest'anno: l'Italia non brilla più come nel 2021, il che è dovuto principalmente ai costi dell'energia. All'entusiasmo per la straordinaria ripresa del Paese è seguito quasi immediatamente un velo di tristezza, che ha portato con sé preoccupazioni opprimenti. Ma fortunatamente in questi giorni si intravede un piccolo barlume di speranza: dopo due anni di assidua lotta contro la pandemia, con restrizioni molto severe, a partire da venerdì gli italiani potranno nuovamente camminare per strada senza mascherina. Alleluia.

Poche ore prima di questo "sciopero della luce" nei comuni, Mario Draghi ha ricevuto una lettera urgente da parte dell'industria italiana, contenente un disperato grido d'aiuto del presidente dell'associazione dell'industria ceramica italiana, Giovanni Savorani, sostenuto dalle principali confederazioni sindacali. I leader del mercato mondiale dell'industria delle piastrelle e dei sanitari sono in difficoltà. Anche loro sono stati colpiti dall'esorbitante aumento dei prezzi dell'energia. Nonostante l'enorme quantità di ordini, molte aziende stanno riducendo la produzione perché la cottura del loro innovativo gres porcellanato non copre più i costi: più vendono e maggiori sono le perdite.

Ora imprenditori e lavoratori chiedono al governo di intervenire. "Il drammatico aumento dei costi dell'elettricità sta mettendo a dura prova un settore importante per l'economia italiana", scrivono a Draghi. Contrariamente a quanto ipotizzato in precedenza, lo shock dei prezzi non è un fenomeno temporaneo, ma dovrebbe protrarsi fino al 2023. "C'è il rischio che le aziende non sopravvivano fino ad allora", afferma Giorgio Romani, presidente del Gruppo Romani, noto produttore di ceramiche.

Quanto è frustrante: la peggiore crisi energetica dagli anni Settanta rischia di bloccare la straordinaria ripresa dell'Italia. Secondo Confindustria il prezzo dell'elettricità è aumentato del 450% in un anno. Si stima che i costi dell'energia per le imprese saliranno a 37 miliardi di euro nel 2022, rispetto agli 8 miliardi del 2019. In ogni caso i costi dell'elettricità rappresentano un ostacolo strutturale per la forte economia di esportazione dell'Italia.

Nel comune di Sassuolo, per esempio, il cuore della produzione ceramica italiana, i produttori di piastrelle pagano il 30 per cento in più per l'elettricità rispetto ai loro concorrenti europei. Ora anche lo shock dei prezzi del gas sta colpendo con particolare veemenza l'economia italiana. Questo perché in Italia circa metà dell'elettricità viene generata dal gas naturale (in Germania solamente il 17%, in Francia il 7%). "I rincari che stanno interessando un po' tutte le filiere produttive hanno un impatto negativo sulla competitività dell'industria italiana a livello mondiale", avverte l'istituto di ricerca Prometeia. Una spirale inflazionistica potrebbe portare interi settori dell'economia alla rovina.

Si prospetta quindi uno scenario dell'orrore: le aziende stanno bloccando la produzione e, con essa, anche la rapida ripresa italiana. "Senza energia la ripresa non potrà andare avanti, si bloccherà", sostiene Alessandro Banzato, presidente di Federacciai. Questo è esattamente ciò che sta già accadendo. A gennaio la produzione industriale è scesa dell'1,3%. Ciononostante Draghi e il suo ministro delle finanze Daniele Franco stanno cercando di smorzare le aspettative dei firmatari.

Negli ultimi mesi il governo ha già stanziato undici miliardi di euro per aiutare le famiglie a basso reddito e le piccole imprese particolarmente a rischio. Mercoledì il primo ministro ha annunciato a Genova che il governo approverà presto ulteriori aiuti da stanziare nel periodo successivo a marzo. Tuttavia non vuole cedere alle pressioni di alcuni partiti della coalizione per compensare lo shock del caro-energia con un ulteriore indebitamento pubblico.

Eppure il governo è allarmato. Dopo tre decenni di stagnazione economica, il tentativo di Draghi di salvare il più importante Paese debitore d'Europa dalla crisi cronica si basa proprio su un costante aumento della sua competitività. Allo stesso tempo l'esito positivo dell'operato dell'ex presidente della BCE determinerà anche il successo o meno della grande scommessa che la Commissione UE ha fatto con il suo programma di ricostruzione Next Generation EU: entro il 2026 l'Italia dovrebbe ricevere 191 miliardi di euro da Bruxelles, destinati alla modernizzazione del Paese. La posta in gioco è alta per tutti. Il 2021 è stato l'anno delle grandi aspettative, della crescita record del 6,5%, dell'impressionante progresso nelle riforme e dell'esemplare campagna di vaccinazione. Dalla diffidenza si è passati all'ammirazione. In un sondaggio dell'agenzia di comunicazione americana Edelman, condotto lo scorso novembre in 28 Paesi, più della metà degli intervistati ha detto che l'Italia è un Paese credibile. La Germania, invece, è scivolata al 46% della credibilità. "Questo è il risultato della stabilità che un primo ministro eccezionale è riuscito a portare nel Paese", commenta il presidente di Edelman Matthew Harrington.

Ma l'effetto Draghi sta lentamente svanendo. Il che non è dovuto solamente alla crescente inflazione, ma anche all'aumento dei tassi di interesse previsto nella Zona Euro. Dal momento che Christine Lagarde ha da poco deciso di intraprendere un cambio di rotta nella

politica monetaria, senza escludere una potenziale svolta dei tassi d'interesse da parte della BCE, il rendimento dei titoli di stato italiani è salito nuovamente.

Così Draghi può iniziare a giocare il secondo tempo. Domenica prossima ricorre l'anniversario della sua nomina a primo ministro. Le nuove elezioni si terranno al più tardi all'inizio di marzo 2023. Il suo compito principale è quello di raggiungere gli obiettivi di riforma fissati dall'UE per rimuovere gli ostacoli alla crescita dell'Italia. Per ottenere la seconda e la terza tranche di prestiti e sovvenzioni nel 2022, l'Italia dovrà attuare ulteriori 100 misure.

In questa sfida Draghi dovrà scontrarsi con la movimentata politica interna. Dopo la *debacle* avvenuta durante l'elezione del Presidente della Repubblica, il primo ministro dovrà nuovamente guidare la sua ormai precaria coalizione di governo per un anno, fino alle prossime elezioni. "Draghi deve ora adottare una linea ancora più dura di quella del 2021", scrive il quotidiano *La Repubblica*.

Italiens russischer Zwiespalt

Die Regierung in Rom hält im Ukraine Konflikt zu Europa. Doch die Wirtschaft setzt auf Geschäfte und Dialog mit Putin.

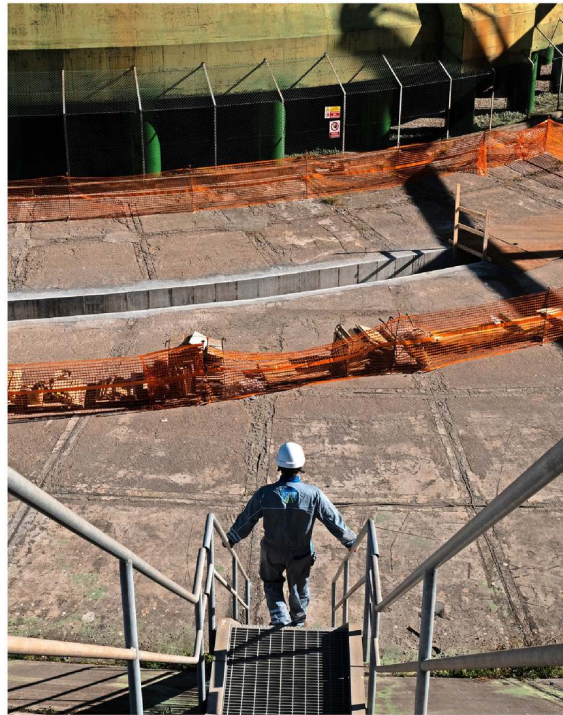
Von Christian Schubert, Rom

Im vergangenen Juli pilgerten sieben italienische Unternehmen in eine Industriestadt nahe der imaginären Trennlinie zwischen Europa und Asien: In Jekaterinburg, 1700 Kilometer östlich von Moskau, fand die größte russische Industriemesse namens Innoprom statt – und Italien war als erster EU-Staat das Partnerland der Veranstaltung. Der mitgereiste italienische Minister für wirtschaftliche Entwicklung, Giancarlo Giorgetti, sprach von einer „natürlichen und gegenseitigen Anziehungskraft zwischen Russen und Italienern“. Der anwesende Ministerpräsident Russlands, Michail Mischustin, hörte die Worte gerne.

Am 26. Januar dieses Jahres fand ein Zusammentreffen auf noch höherer Ebene statt. Staatspräsident Putin nahm an einer Videokonferenz mit Vorstandsvorsitzenden der wichtigsten italienischen Unternehmen teil, darunter der Versicherer Generali, die Banken Intesa Sanpaolo und Unicredit sowie der Reifenhersteller Pirelli. „Solch ein Treffen auf diesem Niveau gab es noch nie. Ich hoffe, dass sie künftig jedes Jahr stattfinden können, freilich in einem ruhigeren Klima“, sagte der Mitorganisator, der Unternehmer Vincenzo Trani, der F.A.Z. Der Italiener ist Präsident der russisch-italienischen Handelskammer, lebt seit mehr als zwanzig Jahren in Moskau und hat dort eine Unternehmensgruppe aufgebaut, für deren Aufsichtsrat er kürzlich den ehemaligen italienischen Ministerpräsidenten Matteo Renzi gewann.

Bei dem Wirtschaftsgipfel, an dem neben sechzehn italienischen Spitzenmanagern auch acht russische Minister teilnahmen, malte Putin die Zukunft in rosigen Farben: Er sehe „ernsthafte Perspektiven für den Ausbau der Geschäftspartnerschaft zwischen Moskau und Rom“, etwa im Energiebereich. Westlichen Politikern und Beamten dagegen stieß das Treffen sauer auf. Es sei „inopportun“ in dieser spannungsgeladenen Zeit, hieß es in EU-Kreisen. Die Regierung von Ministerpräsident Mario Draghi hatte die Organisatoren um eine Absage gebeten – vergeblich. Sie konnte lediglich dafür sorgen, dass drei Energieunternehmen mit größerer Staatsbeteiligung absagten. „Wir können privaten Unternehmen solche eine Veranstaltung eben nicht verbieten“, heißt es.

Rom ist dabei die Betonung wichtig, dass Italien keinerlei Sonderweg beschreite. Zwischen der politischen Position Italiens im Konflikt um die Ukraine und jener der wichtigsten Partnerländer Deutschland und Frankreich passe nicht einmal Löschespapier. Der „Super“-Europäer Draghi will an seiner Solidarität mit den Nachbarn keinen Zweifel lassen. So war es nicht immer: Italien stand lange Zeit in einer Sonderbeziehung zu Russland. „Vergessen Sie nicht, dass viele Italiener in der Nachkriegszeit regelmäßig kommunistisch gewählt haben“, erinnert der Unternehmer Trani. Industrielle Verbindungen reichen weit zurück. Während der zwanzigjährigen Faschismus-Periode baute der Luftfahrtpionier Umberto Nobile Luftschiffe für die Sowjetunion, und Fiat errichtete in Moskau die größte Kugellagermaschine der Welt. 1964 benannte Russland eine Industriestadt 800 Kilome-



Umkämpfte Rohstoffe: Ein Arbeiter an Gasanlagen in Italien Foto Clara Vannucci/NYT/Laif

ter südöstlich von Moskau in „Toljatti“ um – zu Ehren von Palmiro Togliatti, Generalsekretär der Kommunistischen Partei Italiens nach dem Krieg. Auch nach dem Fall der Mauer blieb der Austausch eng: Das Wilfried Martens Centre for European Studies, das der Europäischen Volkspartei im Europaparlament nahesteht, bezeichnete in einem Bericht 2017 drei EU-Staaten als „Kollaborateure des Kreml“: Zypern, Griechenland und Italien. Bei einem Besuch Roms im Jahr 2019 lobte Putin die rechtspopulistische Partei Lega, die noch heute der Regierung angehört; und er nannte Silvio Berlusconi „einen Politiker von Weltformat“. Im Europaparlament hat zudem die linkspopulistische Fünf-Sterne-Bewegung, die Italiens Außenminister stellt, gegen mehrere russlandkritische Beschlüsse gestimmt oder sich enthalten.

Nun aber sollen unter Draghi keine Zweifel an der Zuverlässigkeit Italiens aufkommen. „Draghi ist klar proeuropäisch und proamerikanisch ausgerichtet. Er ist allerdings auch ein Pragmatiker und will die Chancen der Unternehmen nach Möglichkeit nicht schmälern“, urteilt der Kammerpräsident Trani. Der Unternehmer, der bis vor Kurzem auch Honorarkonsul von Belarus war, „träumt“ nach eigenen Worten von

einer Allianz „von Lissabon bis Wladivostok“, von einem „Europa, das Russland versteht“. Den Einwand, dass die Zusammenarbeit mit einem autokratischen Regime problematisch sein könnte, will er nicht gelten lassen. Dem Aufbau der Demokratie müsse man Zeit geben, denn auch Europa habe dafür lange gebraucht. Zu Putins Drohgebärden sagt er: „Drohungen sind häufig die Reaktion auf vorangegangene Drohungen.“ Nun müsse man auf Dialog setzen.

Dass Italien die Bande zu Russland nicht kappen will, hat natürlich wirtschaftliche Gründe: Das Land ist der zweitgrößte europäische Importeur von russischem Gas hinter Deutschland. Zudem bezieht Italien aus Russland Metalle und petrochemische Produkte. Italienische Unternehmen sind im Gegenzug Exporteure im Energiesektor – dabei zunehmend von grüner Technologie – sowie von Nahrungsmitteln und Maschinen. „Wir sind nicht so breit aufgestellt wie die deutsche Wirtschaft, doch Russland ist für uns ein wichtiger Markt“, sagt Kammerpräsident Trani. In den ersten neun Monaten des Jahres 2021 stieg das Außenhandelsvolumen gegenüber dem Vorjahr um 44 Prozent auf knapp 22 Milliarden Euro.

Deutsche Manager treffen Putin

Der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft plant für Anfang März eine Videokonferenz unter Teilnahme des russischen Präsidenten Wladimir Putin und deutschen Spitzenmanagern. Das bestätigte die Organisation, ohne einen genauen Termin und Einzelheiten zu nennen. Einmal im Jahr sei es seit Langem zu solch hochrangigen Treffen zwischen Putin und deutschen Spitzenmanagern gekommen, auch in Zeiten politischer Spannungen, heißt es bei der Organisation. Allerdings fand das

Treffen wegen der Pandemie zwei Jahre lang nicht statt. Der Ost-Ausschuss hebt auch hervor, dass solche Veranstaltungen immer in Abstimmung mit der Politik abgehalten werden. Man habe sich nie den Wünschen der Regierung widersetzt. Die Wirtschaft könne durch ihre Kanäle zur Deeskalation beitragen. Ohne die Wirtschaftsbeziehungen blieben Deutschland kaum Einflussmöglichkeiten. Russland dürfe auch nicht weiter in die Arme Chinas getrieben werden. chs.

L'Italia e il dilemma russo

Il governo di Roma sostiene l'Europa nel conflitto in Ucraina. Ma la comunità imprenditoriale è aperta a trattative e al dialogo con Putin.

Christian Schubert, Roma

Lo scorso luglio settanta aziende italiane si sono recate in una città industriale vicina all'immaginaria linea di demarcazione tra Europa e Asia: Ekaterinburg, 1700 chilometri a est di Mosca, ha ospitato la più grande fiera industriale russa, la *Innoprom*, e l'Italia è stato il primo Paese europeo partner della manifestazione. Il ministro italiano per lo sviluppo economico, Giancarlo Giorgetti, che ha presenziato alla fiera, ha parlato di una "naturale e reciproca attrazione tra russi e italiani". Il primo ministro russo Mikhail Mishustin, anche lui presente, è stato felice di sentire le sue parole.

Il 26 gennaio di quest'anno ha avuto luogo un incontro ancora più importante. Il presidente Putin ha partecipato ad una videoconferenza con gli amministratori delegati delle più importanti aziende italiane, tra cui l'assicuratore Generali, le banche Intesa Sanpaolo e Unicredit, e il produttore di pneumatici Pirelli. "Non c'è mai stato un incontro di questo tipo in precedenza. Spero che in futuro possano verificarsi con cadenza annuale, possibilmente con più calma", ha riferito alla F.A.Z. il co-organizzatore, l'imprenditore Vincenzo Trani. L'italiano è presidente della Camera di Commercio italo-russa, vive a Mosca da più di vent'anni e vi ha costruito una rete di aziende, nel cui consiglio amministrazione è recentemente entrato a far parte anche l'ex primo ministro italiano Matteo Renzi.

Al vertice economico, a cui hanno partecipato sedici top manager italiani e otto ministri russi, Putin ha espresso le sue grandi aspettative per il futuro: vede "importanti prospettive di espansione della partnership commerciale tra Mosca e Roma", per esempio nel settore energetico. Ma l'incontro ha infastidito i politici e funzionari occidentali, che l'hanno visto come "inopportuno" in questi tempi di tensione. Il governo del primo ministro Mario Draghi aveva chiesto agli organizzatori di annullare l'incontro, ma invano. È riuscito solamente a far disdire la presenza di tre compagnie energetiche con importanti partecipazioni statali. "Non possiamo vietare alle aziende private di organizzare un evento del genere", è stata la risposta.

Roma ci tiene a sottolineare che l'Italia non sta prendendo una "strada speciale". Per quanto riguarda la posizione politica dell'Italia riguardo al conflitto in Ucraina, il "super-europeista" Draghi non vuole lasciare alcun dubbio sulla solidarietà del Paese con i partner Germania e Francia. Non è sempre stato così: per molto tempo l'Italia ha avuto un rapporto speciale con la Russia. "Non dimentichiamo che nel dopoguerra molti italiani hanno regolarmente votato per il partito comunista", ricorda l'imprenditore Trani. I legami industriali risalgono a molto tempo fa. Durante il ventennio fascista il pioniere dell'aviazione Umberto Nobile progettava dirigibili per l'Unione Sovietica e la Fiat costruì a Mosca la più grande macchina per cuscinetti a sfera del mondo. Nel 1964 la Russia ha ribattezzato una città industriale a 800 chilometri a sud-est di Mosca "Toljatti", in onore di Palmiro Togliatti, segretario generale del partito comunista italiano dell'epoca. Anche dopo la caduta del muro di Berlino, i lagami tra i due

Paesi sono rimasti stretti: in un rapporto del 2017, il Centro di Studi Europei Wilfried Martens, vicino al Partito Popolare Europeo, ha definito Cipro, la Grecia e l'Italia "collaboratori del Cremlino". Durante una visita a Roma nel 2019, Putin ha elogiato il partito populista della Lega, che ancora oggi fa parte del governo; e ha definito Silvio Berlusconi "un politico di statura mondiale". In Parlamento europeo, inoltre, il partito populista di sinistra Movimento Cinque Stelle, di cui fa parte il ministro degli esteri italiano, ha votato contro o si è astenuto su diverse risoluzioni critiche nei confronti della Russia.

Grazie a Draghi ora non dovrebbero esserci dubbi sull'affidabilità dell'Italia. "Draghi è chiaramente europeista e atlantista. Tuttavia è anche un uomo molto pragmatico e, se possibile, preferirebbe non ridurre le opportunità per le imprese", sostiene Trani. L'imprenditore, che fino a poco tempo fa era anche console onorario della Bielorussia, "sogna" un'alleanza "da Lisbona a Vladivostok", nell'ambito di un'Europa "che capisca la Russia". Non accetta l'obiezione che la cooperazione con un regime autocratico potrebbe essere problematica. Bisogna dare tempo allo sviluppo della democrazia, ha detto, perché anche l'Europa ha impiegato molto tempo. Riguardo all'atteggiamento minaccioso di Putin ha detto: "le minacce sono spesso una reazione a minacce precedenti. Ora dobbiamo concentrarci sul dialogo".

Il fatto che l'Italia non voglia tagliare i suoi legami con la Russia ha naturalmente a che fare con questioni economiche: il Paese è il secondo più grande importatore europeo di gas russo, dopo la Germania. L'Italia acquista inoltre metalli e prodotti petrolchimici direttamente dalla Russia. Al contrario le aziende italiane sono esportatrici nel settore dell'energia, soprattutto di tecnologie green, nonché di cibo e macchinari. "Non siamo ai livelli dell'economia tedesca, ma la Russia per noi è un mercato importante", spiega il presidente della Camera Trani. Nei primi nove mesi del 2021, il volume del commercio estero è aumentato del 44 per cento rispetto all'anno precedente, raggiungendo un valore di quasi 22 miliardi di euro.

I manager tedeschi incontrano Putin

Il Comitato tedesco per le relazioni economiche con l'Europa orientale sta organizzando una videoconferenza con la partecipazione del presidente russo Vladimir Putin e di importanti dirigenti tedeschi, prevista per l'inizio di marzo. L'organizzazione lo ha confermato, senza riferire ulteriori dettagli o una data esatta. Il Comitato afferma che da tempo ormai questi incontri tra Putin e i top manager tedeschi avrebbero dovuto svolgersi una volta all'anno, anche in caso di tensioni politiche. Tuttavia l'ultima riunione prevista non aveva avuto luogo a causa della pandemia. Questi eventi si svolgono sempre in coordinamento con la politica, senza opporsi alle direttive del governo. Attraverso i suoi canali, la comunità imprenditoriale potrebbe contribuire alla de-escalation dei conflitti. Senza relazioni economiche la Germania avrebbe poca influenza. La Russia, dal canto suo, dovrebbe smettere di cercare l'appoggio della Cina.